



Argumente gegen Europaskepsis

eine Diskussionshilfe

Wir brauchen eine starke Europäische Union, weil ein Staat alleine kaum etwas ausrichten kann!

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war jeder vierte Bürger der Welt Europäer. Heute sind es noch sieben Prozent.

2050 werden es nach jüngsten Berechnungen nur noch vier Prozent sein. Selbst die großen europäischen Nationalstaaten werden im Weltmaßstab nur noch von geringer Bedeutung sein. Deshalb muss Europa mit einer Stimme sprechen.

In unmittelbarer Nachbarschaft der EU gibt es viele Konflikt- und Krisenherde.

Einzelne europäische Staaten können die daraus erwachsenden Herausforderungen nicht beherrschen. Die Flüchtlingskrise verdeutlicht das. Die EU braucht eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik. Die Europäische Union wird nur als ernstzunehmender Partner und Vermittler wahrgenommen, wenn sie geschlossen auftritt.

Die Wirtschaft agiert über Grenzen hinweg und ist international vernetzt.

In der Weltwirtschaft haben große, transnationale Unternehmen viel Macht. Demokratische Kontrolle und wirksame Regulierung sind auf nationaler Ebene praktisch nicht mehr möglich. Daher müssen die Europäischen Institutionen europaweit einheitliche Standards und Regeln festlegen und durchsetzen. Dass sie das können, haben sie gegen Google & Co. bereits bewiesen.

Die Europäer können nur wettbewerbsfähig bleiben, wenn sie ihre Potentiale bündeln und über einen großen Heimatmarkt verfügen.

Das kann für die Handelsmacht Deutschland nicht der deutsche Markt mit seiner schrumpfenden Bevölkerung sein, sondern nur der EU-Binnenmarkt mit seinen selbst nach dem Brexit immer noch gut 440 Mio. Bürgern.

Handlungsfähigkeit wird gemeinsam hergestellt.

Erst die in vielen politischen Fragen auf europäischer Ebene geteilte, gemeinsam ausgeübte Souveränität sichert Handlungsfähigkeit in einer Welt, in der es nicht mehr europäische Großmächte sind, die den Rhythmus der Entwicklung bestimmen.

Unterschiedliche Interessen bearbeiten die Europäer am Verhandlungstisch.

Die Möglichkeiten, Konflikte friedlich zu lösen, waren über viele Jahrhunderte sehr begrenzt. Die europäische Methode ersetzt Soldaten durch Abgeordnete, Beamte und Gerichte.

Das Europäische Parlament ist kein Papiertiger, sondern eine kraftvolle Volksvertretung!

Das Europäische Parlament ist einzigartig durch seine multikulturelle Struktur, Mehrsprachigkeit und die in ihm vertretene Vielfalt.

Es ist ein verhältnismäßig junges Parlament in einer jungen übernationalen Gemeinschaft. Die 751 Abgeordneten debattieren in 24 Amtssprachen und sind an allen wichtigen Entscheidungen der EU beteiligt. Das Parlament hat sich in den letzten Jahrzehnten von einem bloßen Beratungsgremium zu einem vollwertigen Gesetzgeber entwickelt.

Das Europäische Parlament ist ein starkes Parlament, weil es durch die Bürger direkt gewählt wird.

Es vertritt die Interessen der Bürger und kontrolliert die Europäische Kommission. Das Europäische

Parlament wählt den Präsidenten der Kommission und muss die Kommission bestätigen. Es ist also an der Bildung der „EU-Regierung“ direkt beteiligt.

Das Europäische Parlament agiert auf Augenhöhe mit dem Rat der Europäischen Union.

Es ist heute – gemeinsam mit dem Ministerrat – ein vollwertiger Gesetzgeber. Ohne das Parlament wird kein Haushalt der EU und kein wichtiges Gesetz verabschiedet, etwa zur Regulierung der Finanzmärkte oder zum Schutz der Verbraucher.

Das Europäische Parlament setzt sich direkt für die Interessen der Unionsbürger ein und vertritt diese gegenüber dem Rat und der Kommission.

So konnte das Europäische Parlament zum Beispiel einen Gesetzesentwurf zur Reform des Europäischen Datenschutzgesetzes durchsetzen. Mit der neuen Datenschutzverordnung, die seit Mai 2018 in Kraft ist, wird der Schutz der Bürger verstärkt, Bürokratie abgebaut und Missbrauch durch Konzerne vorgebeugt. Es gibt noch weitere Beispiele: Das Parlament hat unter anderem höhere Strafen für Finanzmarktbetrüger sowie einen besseren Arbeitsschutz durchgesetzt. Auch im Alltag spüren wir die Bemühungen des Parlaments für die Bürger. So haben sich unsere Parlamentarier erfolgreich für die Abschaffung der Roaming-Gebühren eingesetzt und die Rechte Reisender bei Verspätungen und Ausfällen von Bahn und Flug gestärkt.

In Brüssel gibt es mehr Transparenz als auf nationaler Ebene.

Anders als zum Beispiel in Deutschland müssen sich Interessenvertreter bei der EU in ein öffentliches Lobbyregister eintragen. Alle wichtigen Gesetzesvorhaben der Kommission werden frühzeitig durch eine öffentliche Konsultation eingeleitet.

Europäische Gesetzgebung wird von den Politikern gemacht, die WIR in Europa gewählt haben, und nicht von einer bürgerfernen Bürokratie!

Es gibt keinen „Brüsseler Wasserkopf“.

Die EU-Verwaltung hat so viele Beschäftigte wie eine einzige deutsche Großstadt. Ein Vergleich: Die EU beschäftigt ca. 55 000 Mitarbeiter für 500 Millionen Bürger, München dagegen rund 30 000 für 1,4 Millionen Einwohner.

Europäische Rechtsetzung kann gut oder schlecht sein. Das gilt aber auch für Gesetze, die in den Mitgliedstaaten entstehen.

Kaum ein europäisches Gesetz kommt zustande, ohne dass deutsche Regierungsvertreter ihm zustimmen. Oft wird europäische Rechtsetzung sogar hierzulande angestoßen. Für die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung von Richtlinien aus Brüssel sind die Mitgliedstaaten selbst verantwortlich.

Auf den ersten Blick unsinnig erscheinende Detailregelungen machen bei genauerem Hinsehen meistens Sinn.

Oft geht es dabei um Normierungen, um Angleichungen, die für den Handel und den Verbraucherschutz wichtig sind. So können zum Beispiel durch die Vereinheitlichung der Standards für Netzteile von Mobiltelefonen alle Neugeräte mit einem Mikro-USB-Stecker aufgeladen werden. Dies spart dem Verbraucher Kosten und reduziert Elektroschrott. Solche Detailregelungen sind auch wichtig, um die Integration des Binnenmarktes voranzutreiben. Gemeinsame Standards machen es einfacher, deutsche Produkte beispielsweise in Spanien zu verkaufen. Und bei Produkten aus Spanien wissen wir, was wir einkaufen.

Eine Rückverlagerung von Kompetenzen auf die Mitgliedstaaten kann nicht im Interesse Deutschlands sein.

Diese würde nämlich vor allem in Politikfeldern erfolgen, die wir lieber auf europäischer Ebene behandelt haben wollen, wie zum Beispiel Mindeststandards beim Arbeitsschutz, damit europäischer Wettbewerb nicht zu Lasten der Arbeitnehmer geht, oder bei Höchstgrenzen für giftige und schädliche Stoffe.

Der Euro ist stabil. Gemeinsame Finanzregelungen machen uns handlungsfähiger!

Der Euro ist eine stabile Währung, er hat sich auch in den zurückliegenden Krisenjahren bewährt.

Die Inflationsraten sind seit seiner Einführung niedriger als zu Zeiten der D-Mark. Die historische Niedrigzinsphase ist kein allein die Eurozone betreffendes Problem, sondern ein weltweites. Die europäische Wirtschaft wächst solide, die Arbeitslosigkeit geht stark zurück. Vor diesem Hintergrund und allmählich steigender Preise werden die Spielräume für eine umsichtige Normalisierung der Zinsen größer.

Die deutsche Exportwirtschaft braucht den Euro für ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Wichtige europäische Mitwettbewerber, heutige Euroländer, konnten früher ihre Preise durch Abwerten ihrer Währung über Nacht senken. Wenn zum Beispiel Italien die Lira abgewertet hatte, wurden automatisch deutsche Exportgüter im Vergleich zu den italienischen teurer. Das hat die Deutsche Bundesbank zu D-Mark-Zeiten zu massiven Währungskäufen gezwungen, um die Abwertungseffekte zu mildern und Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern.

Bei der Krise handelte es sich nicht um eine Krise des Euros.

Das tatsächliche Problem war die hohe Verschuldung einzelner Euro-Staaten, verschärft durch die Bankenkrise 2008, und der anschließende Vertrauensverlust in die Zahlungsfähigkeit dieser Staaten, deren Staatsanleihen dann keine Abnehmer mehr fanden. Diese Schwierigkeiten wurden mit Hilfe von Kreditprogrammen, durch Vereinbarungen über Spar- und Reformanstrengungen der betroffenen Länder sowie eine stärkere gemeinsame Bankenregulierung angegangen.

In der Finanz- und Schuldenkrise hat die EU den großen Crash verhindert.

Nur das gemeinsame und entschlossene Handeln der Europäischen Union konnte die schlimmsten Konsequenzen der Krise abwenden. Kein Land hätte der in den USA entstandenen Weltfinanzkrise alleine so gut entgegentreten können. Auch Deutschland nicht. Ohne das solidarische Handeln der Gemeinschaft wären die nationalen Banken- und Wirtschaftssysteme in mehreren Mitgliedstaaten zusammengebrochen, was auch Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft gehabt hätte.

Die europäischen Maßnahmen gegen die Krise haben sich ausgezahlt.

Griechenland, Portugal, Irland, Spanien und Zypern wurden vor dem Staatsbankrott bewahrt, wenn auch unter großen sozialen Härten. Seit einigen Jahren geht die wirtschaftliche Erholung in weiten Teilen Europas voran. Die Arbeitslosigkeit ist inzwischen rückläufig, wobei hinsichtlich der Jugend- und der Langzeitarbeitslosigkeit noch viel zu tun bleibt. Der Europäische Stabilitätsmechanismus und die einheitliche Bankenaufsicht sowie weitere gemeinsame Regelungen, die auf europäischer Ebene beschlossen wurden, erlauben es, in Zukunft wirkungsvoller zu agieren, als dies auf nationaler Ebene möglich wäre. Dennoch besteht in einzelnen Mitgliedstaaten weiterhin Reformbedarf. Gemeinsame europäische Lösungen helfen, jedoch nicht alle wirtschaftlichen Probleme können auf europäischer Ebene gelöst werden. Auch die Mitgliedstaaten selbst sind in der Verantwortung.

Offene Grenzen in der EU sichern unsere individuellen Freiheiten!

Ein Ende des Schengen-Raums hätte direkte Auswirkungen auf unsere Freiheit.

Wenn ein EU-Staat damit anfängt, sich abzuschotten, werden über kurz oder lang wieder Grenzkontrollen in ganz Europa auf uns zukommen. Das wäre ein Rückfall in Kleinstaaterei und würde auch unsere Freiheiten, die wir beim Reisen, Einkaufen und Arbeiten in Europa genießen, rückgängig machen. Deshalb dürfen die im Zuge der Flüchtlingsbewegungen eingeführten Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen nur vorübergehend sein.

Eine florierende Wirtschaft braucht offene Grenzen!

Die Wiedereinführung der Grenzkontrollen würde sich negativ auf die deutsche Wirtschaft auswirken.

Das Schengener Abkommen bezieht sich nicht nur auf unsere Reisefreiheit, sondern auch auf den freien Waren- und Güterverkehr. Wenn man an die Transporte denkt, die beispielsweise von den Häfen in Rotterdam und Antwerpen nach Stuttgart gelangen, um eine Just-in-Time-Produktion zu ermöglichen, werden die weitreichenden Auswirkungen von Einschränkungen in diesem Bereich deutlich. Eine Wiedererrichtung der innereuropäischen Grenzen würde die deutsche Wirtschaft 10 Milliarden Euro kosten. Bereits die jetzigen Kontrollen kosten die deutsche Logistikbranche ca. 40.000 Euro am Tag. Außerdem sind europaweit 1,1 Millionen Pendler betroffen.

Deutschland braucht Schengen, heute mehr denn je.

60 Prozent der deutschen Exporte gehen ins EU-Ausland. Deutschland ist auf einen starken Europäischen Binnenmarkt angewiesen. Würde dieser durch ein Aussetzen des Schengen-Systems geschwächt oder gar außer Kraft gesetzt, hätte das folgenreiche Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft.

Der Europäische Markt sichert unsere Stellung in der Welt.

Nur ein vereintes Europa kann sich gegen negative Einflüsse der Weltwirtschaft behaupten. Einzelne kann auch Deutschland nicht mit der Wirtschaftsmacht der USA oder Chinas mithalten. Der Europäische Binnenmarkt umfasst die 28 EU-Mitgliedstaaten und vier weitere Länder (Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz) mit 524 Millionen Menschen, also mehr (und selbst ohne Großbritannien nicht weniger) als die USA und Russland zusammen haben. Wir brauchen den Europäischen Markt, um nicht zum Spielball der wirtschaftlichen Großmächte zu werden. Dieser Markt kann jedoch nur mit offenen Grenzen existieren.

Die EU ist eine Wertegemeinschaft!

Es gilt, die Europäischen Werte zu bewahren.

Die Europäische Union ist nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern in erster Linie eine Wertegemeinschaft. Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind unter anderem die Achtung der Menschenwürde, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Außerdem verpflichtet Artikel 222 des Lissabonner Vertrages alle Mitgliedstaaten zur gegenseitigen Solidarität im Falle einer Krise. Auch drängt die Europäische Kommission auf die Einhaltung der Rechtstaatlichkeit in all ihren Mitgliedstaaten. Fest steht, hier muss die EU neue Instrumente entwickeln. Daran wird gearbeitet.

Die Flüchtlingskrise braucht eine europäische Lösung!

Nur gemeinsam können die EU-Staaten ein gerechtes und humanes Asyl- und Einwanderungsrecht entwerfen.

Die Situation in Griechenland und Italien sowie die tausenden Toten im Mittelmeer zeigen, dass einzelne Staaten mit den Flüchtlingsbewegungen überfordert sind. Auch Deutschland kommt an seine Grenzen und fordert eine stärkere europäische Zusammenarbeit. Ein gemeinsames Asyl- und Einwanderungsrecht, begründet auf den Europäischen Werten, würde helfen, irreguläre Einwanderung in den Griff zu bekommen.

Kein Land kann die Flüchtlingskrise alleine bewältigen. Wir brauchen ein faires, europaweites Umverteilungssystem.

Wer vor Terror, Krieg und Armut flieht, wird sich nicht von Zäunen aufhalten lassen. Die nach Europa Geflüchteten müssen gerecht auf alle Länder der EU verteilt werden. Bisher tragen allerdings einige wenige EU-Staaten die Hauptlast. Eine gerechte Verteilung wird auch von 79 Prozent der EU-Bürger gefordert. Unsere gemeinsamen Außengrenzen zu kontrollieren ist nicht die Aufgabe einzelner Länder, sondern die der ganzen europäischen Gemeinschaft.

Europäische Lösungen sind angestoßen. Jetzt sind die Mitgliedstaaten am Zug.

Europäische Institutionen haben geeignete Vorschläge gemacht, wichtige Beschlüsse wurden gefasst: Europäische Hilfe für Mitgliedstaaten bei Schutz und Kontrolle der Außengrenzen, Registrierung und Erstversorgung der Geflüchteten, Unterstützung der Staaten im Nahen Osten, die die Hauptlast der Flüchtlingsversorgung tragen, Überarbeitung des gemeinsamen Europäischen Asylsystems, die Einrichtung einer EU-Asylagentur, das Rückführungsabkommen mit der Türkei und die Aufnahme von Flüchtlingskontingenten durch alle Mitgliedstaaten nach einem gerechten Verteilungsschlüssel. Die Umsetzung dieser Beschlüsse funktioniert nur unter Mitwirkung der Mitgliedstaaten und wenn alle ihren Verpflichtungen ausreichend nachkommen, was bislang noch nicht der Fall ist.

Die Ursachen für Flucht und Vertreibung müssen bekämpft werden. Dies kann nur durch die europäische Ebene geschehen.

In Europas unmittelbarer Nachbarschaft herrschen Krieg, Angst und Terror. In vielen Teilen der Welt leiden die Menschen unter Hunger und bitterer Armut. Wenn sich diese Zustände nicht ändern, wird auch die Zahl der Flüchtlinge nicht weniger. In den Wirren der internationalen Politik kann ein einzelnes europäisches Land allerdings nicht viel ausrichten. Es bedarf eines entschlossenen und gemeinsamen Auftretens der EU. Wir brauchen eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik sowie eine gemeinsame Entwicklungspolitik. Auch bedarf es eines kritischen Hinterfragens der europäischen Handelspolitik und ihrer möglichen Auswirkungen auf Fluchtursachen.

Deutschland braucht Zuwanderung!

Deutschland braucht Zuwanderung – besonders qualifizierte Zuwanderer, aber durchaus nicht nur Akademiker.

Die deutsche Bevölkerung schrumpft und vergreist. Seit Jahren leidet Deutschland unter Fachkräftemangel. Pflegekräfte werden zum Beispiel dringend benötigt. Auch für viele Dienstleistungsberufe gibt es nicht genügend deutsche Bewerber. Um die drohende Arbeitskräfte-Lücke zu schließen, werden Zuwanderer gebraucht.

Gegen Sozialmissbrauch kann wirksam vorgegangen werden, ohne das europäische Grundrecht auf Freizügigkeit in Frage zu stellen.

Die europäische Grundfreiheit der Arbeitnehmerfreizügigkeit ist nicht für die Einwanderung in Sozialsysteme anderer EU-Mitgliedstaaten gedacht. Um eine solche zu vermeiden gibt es bereits Rechtsgrundlagen. Die Mitgliedstaaten müssen diese nur konsequent anwenden.

Das Argument der Friedenssicherung, mit dem die EU-Integration immer begründet wurde, ist nach wie vor aktuell!

Vor mehr als 70 Jahren endete der 2. Weltkrieg, der mit dem deutschen Überfall auf Polen begonnen hatte. Dass es zwischen den Mitgliedstaaten der EU seit 1945 keinen Krieg mehr gegeben hat, ist der europäischen Integration zu verdanken.

Diese Einsicht ist angesichts der vielen Konfliktherde in der Welt, auch in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas, und in Anbetracht von Aufrüstung und zunehmenden Spannungen alles andere als selbstverständlich.

Schon die Perspektive des EU-Beitritts hat vielen europäischen Staaten Stabilität verliehen und demokratische Entwicklungen abgesichert.

Das galt für Griechenland, Portugal und Spanien, die ihre Militärdiktaturen überwinden. Das wird auch für den gesamten Balkan gelten. Für diese Staaten wirkt die EU mehr denn je als Friedensgarant und wirtschaftlicher Wachstumsfaktor. Die EU-Aufnahmekriterien stärken rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien in den Beitrittsländern. Damit wird Europa insgesamt noch stabiler.

Der europäische Frieden ist keine Selbstverständlichkeit. Das zeigen die Okkupation der Krim und die russische Intervention in der Ostukraine.

Berlin liegt näher an Kiew als an Rom oder Madrid. Die Ukraine hat gemeinsame Grenzen mit vier Ländern der EU. Es ist ein europäisches Land. Nichtsdestotrotz konnte Russland Teile der Ukraine annexieren. Das verdeutlicht: Den anhaltenden Anstrengungen und dem gegenseitigen Versprechen von Schutz und Beistand der EU-Mitgliedstaaten ist zu verdanken, dass wir in Frieden leben können.

Wenn ihre Mitgliedstaaten mit einer Stimme sprechen, kann die EU etwas in der Welt bewirken.

Gegen die russische Aggression in der Ukraine hat die EU sich geschlossen ausgesprochen und Sanktionen verhängt, obwohl dies handfeste wirtschaftliche Interessen berührte. Der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen über das Atomprogramm des Iran war ein wesentliches Verdienst der Außenbeauftragten der EU. Bei den Klimakonferenzen von Paris 2015 und Marrakesch 2016 hat die EU eine positive Rolle für die Einigung auf ambitionierte Ziele gespielt. Die EU leistet die umfangreichste Entwicklungshilfe weltweit, beinahe dreimal so viel wie die USA, die an zweiter Stelle stehen. Kein europäisches Land alleine könnte solche Erfolge verzeichnen.

Aus Gründen der Lesbarkeit wurden bei der Benennung von Personengruppen und Funktionen geschlechtsneutrale bzw. männliche Formulierungen verwendet. Dies schließt selbstverständlich die weibliche und alle anderen geschlechtsidentitären Formen ein.



Herausgegeben von:
Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29
10178 Berlin
Fon: +49-(0)30-303620-130
Fax: +49-(0)30-303620-139
info@europa-union.de
www.europa-union.de

Mit Unterstützung von:
 Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung

Ausgabe März 2018